

Haushalt 1991...

Fortsetzung von Seite 6

Wirtschafts-, aber auch für die Umwelt- und Asylpolitik. Mit Hunderttausenden von Menschen würden die Kommunen finanziell alleingelassen. Der Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage solle ab 1991 für immer aus dem Steuerverbund gestrichen werden. Das wäre ein herber Schlag, gegen den sich die Grünen einsetzen würden. Auch die Kosten für Übergangwohnheime und Kindergartenplätze sollen den Gemeinden von den freien Finanzzuweisungen abgezogen werden. Auch sollten sie den größten Teil der Vereinigungskosten tragen. Die Grünen forderten eine Mindesthöhung der Schlüsselzuweisungen um 700 Millionen Mark, um den Gemeinden eine Mindestselbständigkeit zu erhalten. Investitionen müßten hinausgeschoben werden, jede Kreativität gehe verloren. Entscheidungen würden zentralisiert. Frust werde die Folge sein.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) beanstandete kränkende Äußerungen in der Aussprache wie „Strauchdieb“. Als Ursache für die Zunahme von Gewalt müsse man auch an Feindbilder unter Politikern und die Verrohung durch Sprache denken.

„PVC-Verbot...“

Fortsetzung von Seite 7

auf der Grundlage einer Bilanz der ökologischen Verträglichkeit zu klären. Auf jeden Fall müsse man verhindern, „daß der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben wird“. Der Minister erinnerte daran, daß im Oktober 1990 ein PVC-Arbeitskreis auf sein Betreiben hin unter Federführung Nordrhein-Westfalens eingerichtet worden sei, „dieser soll einen Überblick über Vermeidungs- und Ersatzmöglichkeiten von PVC erarbeiten und auf dieser Grundlage eine Gesamtbilanz und eine Bewertung durchführen“. Die Landesregierung behalte sich aber eigene Initiativen vor.

✱ ✱ ✱

Professor Dr. Albert Günther, seit 1986 Referent der SPD-Fraktion für die Innen- und Kommunalpolitik, hat sein neues Amt als Direktor im Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaft an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Düsseldorf (Heerdter Landstraße 115) angetreten.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

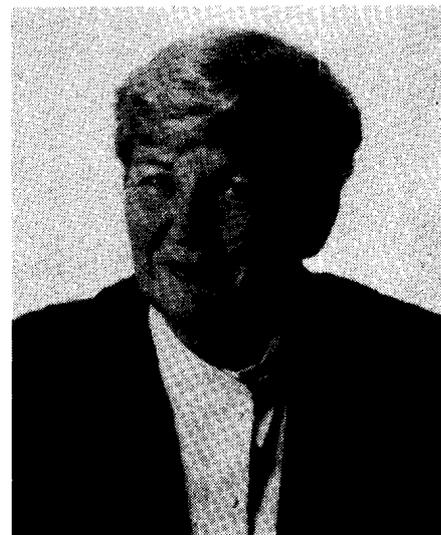
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, bt: ✱ 5 68 01 ✱

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzeliski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Charlotte Kann (SPD)

Wie kaum eine andere kennt Charlotte Kann den Duisburger Süden, und wie nur wenige ist sie in „ihrer“ Partei verwurzelt. So wurde die Sozialdemokratin vor den letzten Landtagswahlen im Mai denn auch einstimmig in den Ortsverein als Kandidatin für den Wahlkreis 66 nominiert und holte ihn dann mit satten 63,2 Prozent für die SPD. Der Entschluß, dem Votum der Partei und später der Wähler zu folgen und die politische Arbeit nunmehr auf den nordrhein-westfälischen Landtag zu konzentrieren, fiel der gebürtigen Duisburgerin, Jahrgang 1937, nicht leicht. „Vor Ort kommt man mit den Bürgern schnell in Berührung und kann auch rascher für sie etwas tun.“

Nach Besuch der Hauptschule und Absolvieren einer Lehre als Verkäuferin, trat Charlotte Kann 1957 als hauptamtliche Mitarbeiterin in den SPD-Unterbezirk Duisburg ein. Dort war sie bis zur Mandatsübernahme im Mai dieses Jahres beschäftigt, zuletzt als Fachreferentin für Finanzen und zuständig für die Betreuung der 34 Ortsvereine sowie der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF). Nicht zuletzt durch ihr sozialdemokratisch geprägtes Elternhaus beeinflusst, trat die Duisburgerin bereits mit 19 Jahren in die SPD ein und „arbeitete sich dort hoch“, wie sie heute sagt. Seit zehn Jahren ist sie stellvertretende Vorsitzende des Ortsvereins Großenbaum-Rahm und auch seit längerem im Unterbezirksvorstand tätig.

Den engen Kontakt zum Bürger knüpfte die Sozialdemokratin insbesondere nach ihrer Wahl in die Bezirksvertretung Duisburg Süd 1975. Zehn Jahre später wurde sie sogar Bezirksvorsteherin, als einzige Frau übrigens unter den sieben Duisburger Vorstehern. In Anbetracht des Schrupfungsprozesses in der Stahlindustrie engagierte sie sich in diesem Gremium mit Erfolg vor allem für die Ansiedlung kleinerer Gewerbebetriebe.

Aufgrund des Parteibeschlusses, der ein Doppelmandat untersagt, mußte sie nach dem Einzug in den Landtag den Bezirksvorsitz „schweren Herzens“ abgeben. Den Kontakt zur Kommunalpolitik und zu den Bürgern will Charlotte Kann aber auch als Landesparlamentarierin weiter intensiv pflegen. So hält sie regelmäßig Bürgerstunden ab und sucht so oft wie möglich das Gespräch mit den örtlichen Vereinen. Die Landtagsfraktion berief den „parlamentarischen Neuling“ in den Verkehrs-, den Sport- und in den Petitionsausschuß. Insbesondere das letzte Gremium ist zwar

sehr arbeitsintensiv („da muß man viele Hausaufgaben machen“), aber bereitet auch ebenso viel Freude. 28 Prozent aller Petitionen seien in der Vergangenheit positiv entschieden worden, „und da kann man allerhand für jene Bürger tun, die oft zu Unrecht behandelt wurden“.

Als Mitglied des Sportausschusses tritt sie dafür ein, daß im Streit zwischen den Interessen des Sports und den Lärmklagen der Anwohner von Sportstätten durch Rechtsverordnung zugunsten der Vereine entschieden wird. „Andernfalls müßte jede dritte Sportanlage geschlossen werden“, gibt sie zu bedenken.

Im Verkehrsausschuß — ihrem „Wunschausschuß“, macht sich die Duisburgerin stark für ein größeres und flexibleres Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs insbesondere während der Berufszeiten. Auch ärgert sie sich schon seit langem über das „triste Bild“ der Bahnhöfe. Im Individualverkehr hält Charlotte Kann den Ausbau von Ortsumgehungen sowie die Anbindung der Strecke Düsseldorf/Duisburg an die A 59/B 288 für erforderlich. Entgegen den Vorstellungen ihres Parteifreundes, Verkehrsminister Franz-Josef Kniola, meint die Abgeordnete, daß Pläne von Städten für eine Untertunnelung von Verkehrswegen „nicht mit einem Federstrich weggestrichen werden können“. Schließlich engagierte sie sich für den Ausbau des Duisburger Hafens zu einem Freihafen.

Die ersten Monate in ihrem neuen Aufgabenbereich bewertet sie positiv. Fraktion und Landtagsverwaltung hätten ihr sehr geholfen, sich in der ungewohnten Umgebung zurechtzufinden. „Und wenn ich was nicht weiß, wird halt gefragt.“ Trotz zahlreicher Belastungen ist Charlotte Kann gern private Gastgeberin — und ihre Kochkünste sind bei Freunden geschätzt...

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)